



Morgen, Kinder, wird's was geben!

Schwarz-gelbe Koalitionsverträge allerorten. Im Bund ist die Botschaft eindeutig: Detailverliebt wird denjenigen Willkommen verheißen, die zur Assimilation bereit sind. Auch in Schleswig-Holstein befinden die Koalitionäre, dass die deutsche Sprache Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integration sei. Immerhin wird in Kiel auch erkannt, dass ohne Bildungs- und Arbeitszugänge integrationspolitisch keine Nachhaltigkeit entsteht.

Damit erhalten auch die wenigen flüchtlingspolitischen Ansagen des Kieler Koalitionsvertrages Gewicht und wecken Erwartungen: „Wir sind bestrebt, die bestehenden Integrationsangebote auch auf Personen mit Duldungsstatus in Schleswig-Holstein auszuweiten. Die Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wird geprüft.“

Während die einen schon mal ihre Einrichtungen zu solchen Clearingstellen erklären, arbeiten sich die ehrenamtlich engagierten Mitglieder des Vormundschaftsvereins lifeline weiter an der im Land über Kinderflüchtlinge herrschenden Rechtslage und Verwaltungspraxis ab. Über 300 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge werden 2009 in Schleswig-Holstein erwartet. Immer wieder geraten einige davon in Rendsburger Abschiebungshaft.

Zunehmende Kinderfluchtgründe beklagen die Vereinten Nationen anlässlich des 20. Jahrestags der UN-Kinderrechtskonvention. Um deren Ziele ist es nicht gut bestellt. 200 Mio. Kinder – wegen der Wirtschaftskrise demnächst noch 50 Mio. mehr – sind wegen Nahrungsmittelmangel unterentwickelt. Jedem zweiten Kind fehlen Schulbildung sowie sauberes Wasser. Jugendliche erhalten keine Ausbildung, sie und selbst Kinder werden millionenfach als moderne Sklaven, in Kriegen und Bürgerkriegen als Kindersoldaten oder sexuell ausgebeutet. Mit den klimatischen Veränderungen steigern sich für die Kleinsten im Trikont Lungenentzündung, Durchfall, Malaria und andere Gesundheitsrisiken. In Deutschland werden Kinderflüchtlinge ab 16 Jahre ins Erwachsenen asylverfahren gezwungen. Doch damit soll künftig Schluss sein, hat die neue Bundesregierung versprochen. Morgen, Kinder wird's was geben!

Bis zum Jahr 2050 wird die arbeitsfähige Bevölkerung Europas um 23 Mio. sinken. Für jede zweite EuropäerIn gilt laut einer Studie der Uni Bielefeld jedoch, es gäbe „viele EinwanderInnen“ und der „Islam sei eine Religion der Intoleranz“. Ein Drittel der Befragten geht von einer „natür-

lichen Hierarchie zwischen Weißen und Schwarzen“ aus. Ein Viertel unterstellt, dass „Juden zu viel Einfluss“ hätten. Deutschland liegt im Wettbewerb dieser Bewusstseinskultur im Mittelfeld. Wie zum Beweis und allen historischen Hypothesen zum Trotz hat die Bundesregierung im Sommer ein gegen Roma und andere ethnische Minderheiten gerichtetes Abschiebeabkommen mit dem Kosovo vereinbart.

Als drittgrößter Waffenexporteur befeuert auch die Bundesrepublik die weltweit tobenden derzeit über 40 Kriege und Bürgerkriege. Allein durch Schüsse aus Pistolen und Gewehren des deutschen Konzerns Heckler & Koch stirbt alle 14 Minuten ein Mensch. Über eine Milliarde Menschen hungern. Wer dem entkommen will, gerät an Europas Grenzen in unerwartete Lebensgefahr. Diejenigen die nicht ertrunken, interniert, zurück- und abgeschoben wurden und den Sprung über den Zaun schaffen, erwartet zahlreich nur eine Duldung, vielfach allenfalls die clandestine Existenz als Illegalisierte.

Dass eine Novellierung der Gesetzlichen Altfallregelung für langjährig Geduldete im Eigeninteresse der Gesellschaft liegt, schwant inzwischen auch den Widerständigsten in der Politik. Die Zivilgesellschaft beweist über diesen Regelungsbedarf hinausgehende Weitsicht. Nach der Hamburger gibt auch die schleswig-holsteinische Diakonie eine empirische Untersuchung zur Situation von Menschen ohne Papiere in Auftrag. Andere planen schon mal für Kiel die erste Anlaufstelle für Papierlose mit gesundheitlichen Problemen.

Bisweilen darf auch gefeiert werden. Der Kapitän der Cap Anamur Stefan Schmidt wird in Italien vom Vorwurf der ‚Schleusung Illegaler‘ frei gesprochen. Der Lübecker ist dennoch nicht preiswürdig, befindet Ministerpräsident Carstensen, weil er seine segensreichen Taten nicht in Schleswig-Holstein begangen hat. Andere wissen konkrete Flüchtlingssolidarität mehr zu schätzen. Pro Asyl vergibt seinen Stiftungspreis in diesem Jahr an die geduldeten Flüchtlinge Nissrin Ali und Felleke Bahiru Kum für ihren Einsatz gegen die Lagerunterbringung von Asylsuchenden in Bayern. Der „Leuchtturm des Nordens 2009“ des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein geht an die Norderstedterin Hero Hewa Taher, die sich seit Jahren gegen Ausgrenzung und für Integration von Flüchtlingsfamilien engagiert. Vielen Dank!

Martin Link

Kiel, den 23.November 2009